

presse

AG Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Bundestag bekräftigt 100%ige Versteigerung im Stromsektor

*Zur heutigen Verabschiedung des Bundestagsantrags zur Klimakonferenz in Poznan und der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin erklärt der Klimaschutzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion **Frank Schwabe**:*

Der Deutsche Bundestag legt heute Leitplanken für die Klimapolitik der Bundesregierung fest. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für die Verabschiedung eines ehrgeizigen EU-Klimapaketes einzusetzen. Nur mit einem Erfolg in Brüssel kann die Klimakonferenz in Poznan ein Erfolg werden. Es liegt in der Verantwortung der Bundeskanzlerin die deutsche Rolle im internationalen Klimaschutz nicht weiter zu schwächen und die Linie des Bundesumweltministers nachhaltig zu unterstützen.

Dabei bekräftigt der Deutsche Bundestag in großer Übereinstimmung der Fraktionen, den Beschluss zum europäischen Emissionshandel vom Mai dieses Jahres (Drucksache 16/9334). Die Deutsche Bundesregierung wird darin nach Artikel 23 Grundgesetz auf eine ambitionierte Haltung zum europäischen Emissionshandel in der 3. Periode festgelegt.

Darin fordert der Deutsche Bundestag insbesondere ein Festhalten an einer 100%igen Versteigerung der Zertifikate im Stromsektor. Dieses ist durch die milliardenschweren Zusatzgewinne der Stromkonzerne (windfall profits) absolut gerechtfertigt. Jeglichen Tendenzen diese Position zu verändern, wird eine klare Absage erteilt.

Darüber hinaus sollen energieintensive Unternehmen des produzierenden Gewerbes besonders behandelt werden. Von einer kompletten Ausnahme der Industrie aus der Versteigerung kann hingegen keine Rede sein. Es muss für die Industrie zumindest einen Einstieg in die

Versteigerung geben.